



**Iris Spranger**

MITGLIED DES

ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN

SPD-FRAKTION

Preußischer Landtag  
Niederkirchnerstraße 5  
D-10111 Berlin  
Tel. (030) 23 25 22 91  
Fax (030) 23 25 22 29

Bürgerbüro:  
Köpenicker Straße 25  
12683 Berlin  
Tel.(030) 522 833 65

Berlin, 1.2.2017

## **Sozialverträgliche Mieten in Berlin gewährleisten – Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften müssen sich an die Beschlüsse der Koalitionsvereinbarung halten**

Angesichts der aktuell in den Medien verbreiteten Informationen, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mutmaßlich erhöhte Mieterhöhungsverlangen an ihre Mieter\*innen versandt haben sollen, die nicht den politischen Vorgaben der Koalitionsvereinbarung entsprechen, erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, **Iris Spranger**:

„Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind die wichtigste Säule einer sozialen Wohnraumversorgung in Berlin und erfüllen einen Gemeinwohlauftrag. Sie sollen die Wohnungsvergabe sozial gestalten und zu einer Dämpfung der Mietenentwicklung beitragen.“

In der aktuellen Koalitionsvereinbarung vom 08. Dezember 2016 ist festgelegt, dass bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften als Sofortmaßnahmen u.a. die Mieterhöhungsmöglichkeiten für Bestandsmietverträge für vier Jahre auf maximal zwei Prozent jährlich beschränkt werden.

Ferner dürfen Modernisierungen mit maximal sechs Prozent auf die Jahresmiete umgelegt werden.

Ich erwarte, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sich an diese politische Vorgabe halten.

Sollten die landeseigenen Wohnungsgesellschaften nach dem Inkrafttreten der Koalitionsvereinbarung höhere Mietforderungen an ihre Mieter\*innen versandt haben, so fordere ich die Gesellschaften auf, diese Mieterhöhungsverlangen zurück zu nehmen.“

V.i.S.d.P. Iris Spranger